

GENOSSENSCHAFTEN

DIGITALISIERUNG

Eine Aufbruchstimmung erzeugen

Bereits zum zweiten Mal haben SEND e.V. und WirGarten e.V. zu einer digitalen Austauschrunde über »Sozial-innovative Genossenschaften« und ihre unbürokratische, gemeinwohlorientierte Gestaltung eingeladen. Ziel der Online-Treffen war, gemeinsame Positionen für die Bundestagswahlen 2021 zu finden. Die gut moderierten Diskussionen verdeutlichten die vielen Möglichkeiten, mehr Schwung und Aufbruchstimmung in die Genossenschaftslandschaft zu bringen.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Zur Umsetzung regionaler und digitaler Geschäftsmodelle sind Genossenschaften aus Sicht von SEND – Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e.V. eine wichtige Rechtsform für neu entstehende Sozialunternehmen. Matti Pannenbäcker, einer der Gründer vom WirGarten-System für die einfache und schnelle Gründung von GemüseGenossenschaften, sieht dies ähnlich. Er ist Verfechter einer digitalen Verwaltung von Genossenschaften: »Einfach, digital, auf das Wesentliche fokussiert und günstig.« Zusammen mit Johanna Kühner von SEND will er »politische Ziele als sozialinnovative Genossenschaften formulieren und diese selbst oder durch Dritte im Rahmen der Bundestagswahl 2021 vertreten.« Beide hoffen so die oft gleichen Herausforderungen, auf die Genossenschaften immer wieder stoßen, gemeinsam mit anderen politisch lösen zu können.

Gemeinsame kritische Reflexion

Das ist leichter formuliert als umgesetzt, wie schon die Leitfragen für das Online-Gespräch zeigten: Was macht sozialinnovative Genossenschaften aus? Welche Rahmenbedingungen brauchen sie, um ihre Wirkung zu entfalten? Welche konkreten Herausforderungen gibt es im Gründungsprozess von Genos-



▲ Nicht nur in Zeiten von Corona: (Solawi-)Genossenschaften können ihre Generalversammlungen auch per Video-Konferenz abhalten.

Foto: Clemens Loecker / flickr.com (CC)

senschaften? Was soll sich auf politischer Ebene zur Förderung sozial-innovativer Genossenschaft ändern? Die Antworten sind unterschiedlich und vielfältig. Eine schnelle gemeinsame Lösung lässt sich nach dem ersten Treffen nicht erkennen. Dennoch: Dem Thema Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Digitalisierung geben alle Beteiligten hohe Priorität.

Digitalisierung rechtssicher?

Welche Themenfelder hier als besonders wichtig angesehen werden, lässt sich den Notizen in dem einfachen RetroBoard, genutzt für ein schriftliches Brainstorming, nicht entnehmen. Als Probleme werden genannt: »Der Gründungsprozess für Genossenschaf-

ten ist sehr aufwändig«, »keine digitale Gründung möglich«, »kein digitaler Beitritt«, »keine Standardisierung der Verbände für Kosten und Prozesse«, »Prüfverbände zeigen wenig Interesse an der Digitalisierung«.

Eine Priorisierung lassen auch die dazu genannten Lösungsvorschläge kaum erkennen. Oftmals waren sie nicht unmittelbar mit einem Digitalisierungsansatz verbunden, wenn es zum Beispiel heißt: »Gründungsphase verkürzen – zeitgemäße Anpassung der notwendigen Formalien zur Gründung und Leitung einer Genossenschaft«, »Vorstufe ermöglichen > Mini Genossenschaft«, »Übergang von einer GbR / Verein zu einer eG erleichtern«, »Prüfungen durch zuständige Prüfungsverbände auf die Prüfung des satzungsgemäßen

Handelns begrenzen und die Gebühren senken« oder »Gründungszentren für Genossenschaften / solidarische Geschäftsmodelle«.

Enger auf das Thema Digitalisierung ausgerichtet sind vor allem Anforderungen wie »Rechtssichere Online-Beiträge und -Gründungen ermöglichen«, »Online zeichnen von Anteilen möglich machen«, »Digitale und standardisierte Checkliste für die Gründung«. Betont wurde zudem, dass die im Rahmen von Corona verstärkt durchgeführten digitalen Generalversammlungen genossenschaftlicher Unternehmen eine Verallgemeinerung erfahren müssten. Hierfür werden rechtssichere Anleitungen und Umsetzungshilfen benötigt. Auch sollte diese Art der Mitgliederbeteiligung für Gründungen sowie durch

weitere ergänzende datenschutzsichere Formate erweitert werden.

Dazu besteht in der Genossenschaftslandschaft noch viel Nachholbedarf. Einiges ist aber bereits in die Wege geleitet. Beim DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. gibt es eine Arbeitsgruppe, die das Thema digitaler Beitritt zu Genossenschaften bearbeitet. Beim Thema Online-Generalsammlung hat die Hostsharing eG in Hamburg mit der virtuellen Generalsammlung bereits im Jahr 2000 Pionierarbeit geleistet. Vonseiten des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (ZdK) wurden hierfür fundierte Satzungsbausteine entwickelt.

Hohe Erfolgsaussichten

Bei der Diskussion war auch Michael Gebhart von der iteratéc GmbH München dabei. Das IT-Unternehmen soll Schritt für Schritt in die Hand der Mitarbeiter*innen übergehen, organisiert als Genossenschaft iteratéc nurdemteam eG. Er betonte, in die Durchführung von Online-Generalsammlungen hätten sie viel Arbeit hineingesteckt. Dazu existiert eine Software-Lösung mit dem Namen DecentraVote, um Abstimmungen virtuell durchzuführen. Entsprechende Unterlagen für Satzung und Umsetzung könnten nun auch andere interessierte Genossenschaften nutzen. Insofern lässt sich festhalten: Die Initiative, für sozial-innovative und digitale Genossenschaften für die kommende Bundestagswahl etwas auf den Weg zu bringen, birgt durch die hohe Beteiligungsbereitschaft und die »geballte Kompetenz« vieler engagierter Genossenschaftler*innen hohes Erfolgspotential.

Positionspapier von SEND zu Genossenschaften im digitalen Zeitalter:
<https://tinyurl.com/yxogmoex>
Hosting für Genossenschaften:
<https://tinyurl.com/yuuq3v3f>
Muster virtuelle General- bzw. Vertreterversammlung:
<https://tinyurl.com/y4nn3ttt>

GENOSSENSCHAFTSFORSCHUNG

Das Gemeinwohl fördern

Das aktuell laufende Forschungsprojekt »Teilgabe« untersucht den Zusammenhang zwischen Genossenschaften und Gemeinwohl. Bei diesem Verbundprojekt arbeitet das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) mit dem Seminar für Genossenschaftswesen in Köln und der Universität Hamburg (Fachbereich Sozialökonomie) zusammen. Ziel ist, mit der Untersuchung und Gestaltung verschiedener Formen der genossenschaftlichen Kooperation und Vernetzung die Entwicklung gemeinwohlfördernder Strukturen der Zivilgesellschaft zu unterstützen.

CHRISTIAN LAUTERMANN, BERLIN

In nahezu allen Wirtschaftsbereichen finden sich zivilgesellschaftliche Initi-

ativen mit neuen Gestaltungsansprüchen und Teilhabeforderungen. Sie erproben in praktischen Konzepten neue Formen der wirtschaftlichen und sozialen Versorgung. Solche zivilgesellschaftlichen Wirtschaftsformen werden gegenwärtig vor allem in drei Diskursen behandelt: in den Diskursen über zivilgesellschaftliches Engagement, Genossenschaften und Sozialunternehmertum. Ihnen gemeinsam ist die Idee und Praxis, dass sich Bürger*innen für die Gestaltung des Gemeinwesens engagieren. Dabei werden gemeinwohlorientierte Ziele mit dem Einsatz wirtschaftlicher Mittel verfolgt.

Suche nach Gemeinsamkeiten

In dem Forschungsprojekt »Teilgabe« werden Kernideen der drei genannten Diskurse zu einem Konzept des »kooperativen Wirtschaftens« integriert. Konkrete Ausprägungsformen werden anschließend in branchenbezogenen Fallstudien empirisch genauer untersucht. Im Mittelpunkt stehen in einem weiten Verständnis genossenschaftliche Organisationen der gemeinschaftlichen Selbsthilfe, die auf Prinzipien der Solidarität und Demokratie beruhen. Dies geschieht

unabhängig davon, ob sie in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft firmieren. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Förderrichtlinie »Teilhabe und Gemeinwohl« mit einer Laufzeit von dreieinhalb Jahren gefördert.

Die betrachteten Beispiele unterscheiden sich deutlich von eher passiven Formen der Bürger*innenbeteiligung, bei denen es vorrangig »nur« um Teilhabe und Teilnahme an bestehenden Strukturen des Gemeinwesens geht. Stattdessen werden unternehmerische Projekte zivilgesellschaftlichen Wirtschaftens analysiert, die mit ihren kreativen Praktiken und solidarischen Vorleistungen einen proaktiven Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens leisten. Genau deshalb wird in dem Vorhaben von »Teilgabe« gesprochen.

Vergleich aktueller Entwicklungen

Durch den Vergleich unterschiedlicher Strategien und Handlungsformen wollen die Forscher*innen ergründen, inwiefern neue Formen zivilgesellschaftlichen Wirtschaftens sich nicht auf Lebenshilfe und spezi-

fische Problemlösungen beschränken. Ihnen geht es darum, zu erkunden, warum und wie strukturbildende Ansätze zur Gestaltung des Gemeinwesens praktisch wirksam werden. Entsprechend gehen sie den Leitfragen nach: Was stellen die Akteur*innen im Sinne einer Gemeinwohlorientierung bereit oder her: Gemeingüter, Versorgungssysteme, Infrastrukturen? Was steht diesem Schaffensprozess im Wege, was kann ihn befördern? Wie können die gebildeten Strukturen dauerhaft erhalten oder besser noch gestärkt werden?

Erkenntnisse für die Praxis nutzen

Die Praxisorientierung erfolgt in Kooperation mit dem CONTRASTE-Redakteur und Genossenschaftsexperten Burghard Flieger von der innova eG. Durch ihn sollen die Forschungsergebnisse dafür genutzt werden, verbundwirtschaftliche Kooperationen in diesem Versorgungsbereich sowie in anderen zum Erfolg zu verhelfen. Mit Hilfe eines übergreifenden Erfahrungsaustauschs geht es darum, entsprechenden Erkenntnisse zur weiteren Verbreitung guter Praktiken in möglichst

vielen Versorgungsbereichen Geltung zu verschaffen.

Auch die Auswahl weiterer empirischer Untersuchungsbereiche steht mittlerweile fest: Die gemeinschaftliche Versorgung mit Lebensmitteln im Rahmen der Solidarischen Landwirtschaft wird der Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg in enger Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Solawi-Genossenschaften als Teil des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft genauer betrachten. Beim IÖW steht die erfolgreiche Etablierung von genossenschaftlichen Verbundstrukturen im Bereich der Bürgerenergie am Beispiel der Bürgerwerke eG im Fokus. Ergänzend untersucht das IÖW als eine Art Querschnittsthema das neue Feld der Plattform Co-ops, deren digitale Konzepte der Kooperation in verschiedenen Versorgungsbereichen zur Anwendung gebracht werden (können). Auch hier liegt das Augenmerk auf den Potentialen kooperativer Dach- bzw. Sekundärorganisationen zur Stärkung der Arbeits- und Entwicklungsfähigkeit von überwiegend kleinen, lokal agierenden Primärorganisationen.

Kontakt: christian.lautermann@ioew.de

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.